

10.09.2024
144a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Ansprache
von Bischof Dr. Georg Bätzing,
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz,
beim St. Michael-Jahresempfang
am 10. September 2024 in Berlin

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrte Mitglieder des Bundeskabinetts,
sehr verehrte Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags,
sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung,
verehrter Herr Nuntius und verehrte Mitglieder des Diplomatischen Korps,
liebe Mitbrüder im Bischofsamt,
meine sehr verehrten Geschwister aus der Ökumene und aus den
Religionsgemeinschaften,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter von Bundesbehörden und
katholischen Institutionen, der Wohlfahrtsverbände sowie aus allen anderen
Verbänden und Organisationen,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude, Sie alle heute zum St. Michael-Jahresempfang in
Berlin begrüßen zu dürfen. Dieser Empfang ist eine gute Gelegenheit,
miteinander ins Gespräch zu kommen. Zugleich ist der Empfang für mich
Anlass und Möglichkeit, allen zu danken, die über das ganze Jahr hinweg im
politischen und gesellschaftlichen Dialog für unser Gemeinwesen stehen.

In diesen Tagen treibt uns besonders die Sorge um die Demokratie um, und wir
sind noch immer bestürzt über den schrecklichen Terroranschlag von Solingen.
Zum Wohl unserer Gesellschaft werden wir sorgsam darauf achten müssen, dass
wir uns bei der Suche nach Lösungen nicht gegeneinander aufwiegeln lassen
und dass Polarisierungen nicht weiter zunehmen. Der politische und
gesellschaftliche Dialog muss mit der notwendigen Sachlichkeit und
Differenziertheit, die die Themen nun einmal verlangen, geführt werden. Wir

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 103 214
Fax: +49 (0) 228 103 254
E-Mail: pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz
instagram.com/bischofskonferenz

wissen aus unserer Geschichte um die Gefährdungen der Demokratie. Und wir wissen, was für ein Glück Freiheit und Demokratie, ein vereintes Europa und eine europäische Friedensordnung für uns alle bedeuten. Gemeinsam werden wir uns dafür immer wieder neu einsetzen müssen. Das bedeutet auch, bei der Umsetzung unserer berechtigten Sicherheitsinteressen im Innern unsere Verfassung zu achten und hochzuhalten. Sie garantiert Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit als wesentliche Errungenschaft unserer Geschichte.

Denn bei allen partikularen Interessen, die hier am Sitz von Bundesregierung und Parlament aufeinandertreffen, führen uns doch vielfältige Gemeinwohlinteressen zusammen. Als Kirche ist es uns ein Anliegen, das Gemeinwohl in den Vordergrund zu rücken. Dessen große Perspektiven dürfen im täglichen Ringen der Einzelinteressen nicht verloren gehen. Sie müssen als Leitstern des Politischen sichtbar bleiben.

Die Frage nach dem Gemeinwohl ist auch die Grundmelodie – der *Basso continuo* – des neuen Friedenswortes, das wir Bischöfe im Februar veröffentlicht haben und das erfreulicherweise eine recht große Aufmerksamkeit gefunden hat: *Friede diesem Haus*. Die Zeitdiagnose, die wir in diesem Wort versucht haben, zeigt eine Welt in wachsender Unordnung; eine Welt, in der gewaltsame Auseinandersetzungen zunehmen – in Osteuropa, im Nahen Osten und an vielen anderen Orten; eine Welt, die immer weniger durch Gemeinsames zusammengehalten wird; eine Welt, in der das Völkerrecht und anerkannte Ordnungsprinzipien infrage gestellt und sogar offensiv missachtet werden; eine Welt, in der internationale Organisationen und das Prinzip der Kooperation zunehmend gering geschätzt werden. Das ist eine Welt, in der mehr und mehr wieder das Recht des Stärkeren gilt und nicht eine Welt, in der die Interessen der Einzelnen mit dem Weltgemeinwohl verbunden sind.

Demgegenüber treten wir dafür ein, das Weltgemeinwohl zu stärken. Wir engagieren uns für die Einhaltung des Völkerrechts. Wir bekennen uns zum Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen. Wir bejahen regelbasierte Ordnungen in allen Bereichen des Zusammenlebens der Völker und Staaten. Wir fordern ein Mehr an internationaler Zusammenarbeit, da nur so die großen Menschheitsaufgaben, besonders auch die Begrenzung und Bewältigung des Klimawandels und die Bewahrung der Schöpfung, erfolgreich angegangen werden können. Wir bejahen die Menschenrechte, die in der katholischen Soziallehre als Teil des Gemeinwohls verstanden werden. Wir bekräftigen die Verpflichtung der Staaten und der internationalen Gemeinschaft, diese Rechte zu achten und zu schützen – nicht zuletzt die Rechte der Ärmsten auf der Welt und der Geflüchteten.

Diese grundsätzlichen Markierungen sind keine parteipolitischen Programmsätze. Wir Christen sind keine politische Partei, sondern wir versuchen, das christliche Ethos in den politischen Diskurs einzutragen. Dabei ist offenkundig, dass die hier nur thesenhaft vorgetragenen Überlegungen zum Weltgemeinwohl nicht von allen relevanten Parteien in Deutschland geteilt werden. Die Europawahlen im Juni und die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen vom 1. September haben einmal mehr vor Augen geführt, wie stark die Anziehungskraft von

Politikentwürfen ist, die sich gegenüber dem Weltgemeinwohl desinteressiert zeigen. Im Frühjahr dieses Jahres haben sich die deutschen Bischöfe mit Nachdruck gegen Ideologien ausgesprochen, zu deren Kernbestandteilen die Abwertung und Ausgrenzung bestimmter Menschengruppen gehören. *Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar*, haben wir damals festgestellt. Die jüngsten politischen Ereignisse zeigen, dass noch viel Überzeugungsarbeit vor denen liegt, die für eine freie, inklusive und solidarische Gesellschaft in Deutschland und Europa eintreten. Aber ich bin überzeugt: Es lohnt, für eine menschengerechte Gesellschaft und für eine menschengerechte Welt zu streiten. Und dazu gehört auch, um konkrete Antworten auf die gewiss nicht leicht zu lösenden Probleme dieses Landes und der Europäischen Union zu ringen, die nicht Wenige verunsichern und belasten.

Das christliche Menschenbild, das in der Gottebenbildlichkeit eines jeden Menschen wurzelt, und unser Verständnis des Gemeinwohls leiten uns als Kirche, Position zu beziehen. Dazu gehört, die Not der Schutzsuchenden zu sehen und für einen rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten einzutreten. Wir betonen in den ethischen Debatten die Bedeutung des Lebensschutzes am Anfang und am Ende des Lebens. Vorhaben, diesen Lebensschutz abzustufen – und etwa dem Menschen ein vollwertiges Lebensrecht nicht von Beginn an, sondern später oder sogar erst ab der Geburt zuzusprechen, erfüllen uns mit großer Sorge. Dazu zählen auch die Frage des assistierten Suizids und der erst jüngst wieder unternommene Versuch, den Embryonenschutz zu lockern. Ich sehe die Komplexität dieser Themen und ich plädiere nicht für einfache Lösungen. Aber ich bitte sehr, den Schutzanspruch des Menschen am Anfang und am Ende seines Lebens gegenüber anderen Rechtsgütern nicht geringer zu gewichten.

Meine Damen und Herren, ich bin heute nicht der Hauptredner. Sehr herzlich begrüße ich das Oberhaupt der Ukrainischen griechisch-katholischen Kirche, den Großerbischof von Kiew-Halyc, Seine Seligkeit Sviatoslav Shevchuk. Er kann aus seiner Position einen besonderen Fokus auf die großen Themen Krieg und Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit werfen, die in Europa und in der Welt eine aktuelle Dringlichkeit haben wie lange nicht mehr. Sie, verehrter Herr Großerbischof, leben in Kiew und Sie machen dort Tag für Tag die konkrete Erfahrung einer Welt, deren Ordnungsstrukturen zerbrochen sind. Der Angriff Russlands auf Ihr Land – schon seit 2014, dann als umfassender Krieg seit 2022 – ist eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, der Versuch, illegal Grenzen zu verschieben und ein unabhängiges Land dem Herrschaftsbereich eines anderen zu unterstellen. Die europäische Friedensordnung, wie sie nach dem Ende des Kalten Krieges in der Charta von Paris niedergelegt wurde, ist auf diese Weise missachtet und grundlegend beschädigt worden. Wer auf Völkerrecht setzt und darin einen Eckstein des internationalen Gemeinwohls sieht, vermag leicht zu erkennen, welche Dynamiken der russische Tabu-Bruch ausgelöst hat.

Für die katholische Kirche will ich hier sagen: Wir stehen weiter solidarisch an der Seite des angegriffenen Landes. Die Selbstverteidigung der Ukraine ist legitim – und ebenso die Unterstützung Ihres Landes durch große Teile der internationalen Gemeinschaft. Bellizisten

sind wir Katholiken gewiss nicht. Wir wissen um die verheerenden Verwüstungen, die militärische Gewaltanwendung anrichtet – und die auch legitime Gegengewalt anrichtet, auch in den Seelen der Menschen und der Völker. Wir wissen, dass Gewaltlosigkeit der Königsweg zum Frieden ist und alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um zu einem zivilen Austragen von Konflikten zu gelangen. Wir wissen aber auch, dass es Situationen gibt, in denen nach menschlichem Ermessen auf den militärischen Widerstand nicht verzichtet werden kann, um einen Aggressor aufzuhalten.

Ich möchte hier nicht verhehlen, dass sich auch unter Christinnen und Christen nicht alle in dieser Zeit des Krieges angemessen oder auch nur annehmbar verhalten haben. Es ist abstoßend zu sehen, in welchem Ausmaß sich die Russische Orthodoxe Kirche zur Stichwortgeberin und Claqueurin der Moskauer Regierung gemacht hat. Und es ist nicht weniger abstoßend zu erleben, wie diese Kirche keinerlei Einwände gegen die faktische Auslöschung anderer Kirchen in den russisch besetzten Gebieten erhebt.

In der Ukraine haben wir eine solche Unterdrückung der religiösen Freiheit unter dem Vorzeichen einer nationalistischen Politik der Homogenisierung bislang nicht erlebt. Auch wenn die jüngsten – in sicherheitspolitischer Perspektive aber durchaus verständlichen – Beschlüsse Besorgnisse auslösen können.

An dieser Stelle danke ich Ihnen, Großerbischof Shevchuk, ausdrücklich für Ihr Zeugnis. Sie standen im Februar 2022 auf der Todesliste der russischen Spezialeinheit Speznaz und sind einem Anschlag nur knapp entronnen. Sie stehen stellvertretend für das Zeugnis vieler in der Ukraine. Es ermutigt uns, den verbrecherischen Realitäten ins Gesicht zu schauen und zugleich über die Gewalt hinaus zu denken.

Bevor ich Herrn Großerbischof um das Wort bitte, hören wir zunächst das GANNA Ensemble, das heute unseren Abend musikalisch gestaltet. Ganna Gryniva ist gebürtige Ukrainerin und lebt seit 2002 in Berlin. Mit ihrem Ensemble verbindet sie ukrainische Folklore mit Jazz, improvisierter und experimenteller Musik. Sie setzt sich mit ihrer Musik dafür ein, das kulturelle Erbe der Ukraine international sichtbar und hörbar zu machen.